

Hochschule und Politik – Politisierung der Universitäten vom Mittelalter bis zur Gegenwart

Veranstalter: Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (GUW)

Datum, Ort: 19.09.2017–22.09.2017, Heidelberg

Bericht von: Marcel Bubert, Historisches Seminar, Universität Münster; Maximilian Schuh, Historisches Seminar, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Die Tagung „Hochschule und Politik“ widmete sich den spezifischen Formen der ‚Politisierung‘ der europäischen Universitäten, wie sie in sehr verschiedenen Kontexten vom Mittelalter bis zur Gegenwart begegnen. Von den Konflikten des 14. Jahrhunderts bis hin zu den stark gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen im ‚Zeitalter der Ökonomisierung‘ sollte die politische Dimension der europäischen Universitätsgeschichte vergleichend in den Blick genommen werden. Dabei ging es sowohl um methodisch-konzeptionelle Fragen, wie einen adäquaten Politikbegriff, als auch um konkrete historische Konstellationen mit ihren Eigendynamiken.

Der erste Vortrag von MITCHELL ASH (Wien) betraf den Kern des Themas „Hochschule und Politik“, insofern er die ganz grundsätzliche Frage nach dem stellte, was ‚Politisierung der Universität‘ eigentlich heißt. Es müsse hier zunächst darum gehen, den Politikbegriff und seine Relation zur Universität zu klären, da eine strikte Trennung der sozialen Sphären von Wissenschaft und Politik gar nicht möglich sei. Vielmehr gelte es festzuhalten, dass es in beiden Feldern spezifische ‚Machtverhältnisse‘ gebe, dass also, anders gewendet, innerhalb der Wissenschaft genauso viel Politik steckt wie außerhalb. Ash schlägt daher einen sehr breiten Politikbegriff im Sinne von ‚policy‘ vor, der die Machtrelationen in beiden Bereichen in den Blick zu nehmen erlaubt.

Der Vortrag von CHRISTIAN LACKNER (Wien) thematisierte die teils sehr differenzierte Haltung der von den Habsburgern gegründeten Wiener Universität gegenüber dem ungarischen König Matthias Corvinus nach der Einnahme Wiens im Jahre 1485.

Lackner konnte zeigen, dass sich in den divergierenden Auffassungen über die angemessene Rolle der Universität in dieser Konstellation durchaus fakultätsspezifische Haltungen erkennen lassen: Als die Wiener Bürger die Universität baten, als Vermittler bei Matthias aktiv zu werden und vom König Geleitbriefe für Ihre Gesandten zu erbitten, wurden auf der Versammlung der Universität sehr verschiedene Ansichten dazu geäußert. Während die oberen Fakultäten für eine aktive Rolle der Universität votierten, sprachen sich die Magister der Artistenfakultät mehrheitlich gegen ein derartiges Eingreifen aus.

Über „Universität und landesherrliche Politik“ informierte der Vortrag von HEIKE HAWICKS (Heidelberg), die die Rolle der Universität Heidelberg während des ‚Abendländische Schismas‘ und auf den Konzilien des 15. Jahrhunderts behandelte. So setzte sich der Heidelberger Konziliarismus auf dem ‚Konzil von Pisa‘ im Jahre 1409 von der Auffassung der anderen Konzilsteilnehmer, insbesondere jener der Kardinäle, ab. Während diese in Pisa dominierten, nahm das Gewicht der Universitäten auf den Konzilien von Konstanz und Basel deutlich zu. Die in Konstanz erreichte Akzeptanz des allgemeinen Konzils sollte indes in Basel an einer neuen Spaltung der Positionen scheitern.

Über frühneuzeitliche Universitäten als Landstände referierte MARIAN FÜSSEL (Göttingen), der damit das Potential des Themas für die universitätsgeschichtlich zentrale Frage nach den Rollen und Funktionen, die Universitäten als Akteure in der ständischen Gesellschaft der Frühen Neuzeit einnahmen, aufzeigte. Zur anfänglichen Konsultation von Universitätsmitgliedern als Trägern gelehrter Expertise trat vor allem seit dem 17. Jahrhundert eine ständische Vertretung der Universitäten, die primär auf Grundbesitz oder Privilegien basierte. Der präbendierten Prälatenstatus der Akademiker, der ihren Rang auf den Landtagen begründen sollte, wurde allerdings immer wieder zum Auslöser von Konflikten mit dem Adel. Derartige Konflikte sind auch hinsichtlich der symbolischen Konstitution von Rang aufschlussreich, insofern sich zeigt, dass diese auf der performativen Praxis beruhte, die gleichsam das hervorbrachte, was eigentlich

ihre Voraussetzung sein sollte.

Die spezifischen Verhältnisse von Hochschule und Politik im Kontext der Reformation nahm JOACHIM BAUER (Jena) am Beispiel der Gründung der Universität Jena in den Blick. Die Gründung der Universität durch die Ernestiner erklärt sich aus der politischen Konstellation, die sich nach dem Schmalkaldischen Krieg ergeben hatte. Durch die Niederlage des Schmalkaldischen Bundes musste Herzog Johann Friedrich den Verlust großer Teile des Territoriums hinnehmen, wodurch ebenso die Universität Wittenberg verloren gegangen war. Dieser Verlust der Universität aber war mit Blick auf die symbolische Kommunikation von Herrschaftsansprüchen signifikant: Hier ging es nicht nur um die generelle Funktion der Universitäten zur Machtdemonstration, sondern auch um den Anspruch der Ernestiner, das Kernland der Reformation zu regieren und durch die Universität den ‚wahren Glauben‘, nämlich das Luthertum, zu bewahren.

JOSEPH LEMBERG (London) widmete sich dem Ideal einer entpolitisierten Wissenschaft bei deutschen Mittelalterhistorikern zwischen 1918 und 1939. Lemberg ging es dabei insbesondere um die spezifische Korrelation zweier Begriffe: der wissenschaftlichen Kategorie der ‚Objektivität‘ sowie der politischen Kategorie der ‚Überparteilichkeit‘. Anhand des Konflikts um den Heidelberger Mathematiker Emil Gumbel machte Lemberg deutlich, auf welche Weise die Kategorie der Überparteilichkeit mit dem wissenschaftlichen Ideal der Objektivität diskursiv verknüpft ist, um anschließend am Beispiel der Forschungen zur spätmittelalterlichen Reichsgeschichte die Überparteilichkeit als historiographisches Deutungsmuster in den Blick zu nehmen. Schließlich zeigte Lemberg, wie der Anspruch auf Überparteilichkeit dazu beitrug, die tatsächliche Politisierung der Mittelaltergeschichte auszublenden.

GERHARD FOUQUET (Kiel), der von 2008 bis 2014 das Amt des Präsidenten der Universität zu Kiel innehatte, nahm die besondere Aufgabe war, von persönlichen Erfahrungen in der Hochschulpolitik zu berichten. Fouquets Analyse ging von dem prekären Spannungsverhältnis zwischen der Selbst- und Fremddifferentialität des Wissenschafts-

systems aus, also davon, dass die Wissenschaft sowohl auf sich selbst als auch auf ihre Umwelt bezogen ist. Seit dem Mittelalter beweist die Universität die Fähigkeit, sich an veränderte Umweltbedingungen anzupassen; die Zeit seiner eigenen Präsidentschaft aber fiel, so Fouquet, in eine Phase massiver Veränderungsprozesse, die durch die Zunahme der Fachhochschulen, die Genese und Institutionalisierung neuer wissenschaftlicher Disziplinen, den tendenziellen Wandel der Universitäten zu Lehranstalten und die fortschreitende Abhängigkeit der Forschung von Drittmitteln bedingt waren. Die zunehmende Binnendifferenzierung der Wissenschaft aber stellt die Universität vor massive institutionelle Herausforderungen. Interdisziplinarität hingegen dürfe kein Wert an sich sein, sondern müsse als Funktion im Hinblick auf definierte Forschungsaufgaben verstanden werden.

Die Politisierung der Berliner Universität in der Weimarer Republik behandelte MICHAEL GRÜTTNER (Berlin). Zu Beginn referierte Grüttner die Situation der Universität nach dem Ersten Weltkrieg: Während sich die meisten, konservativen wie liberalen Hochschullehrer mit dem Kaiserreich identifiziert hatten, artikulierte die erste Vollversammlung der Universität nach dem Umsturz dennoch ein deutliches Bekenntnis zur demokratischen Ordnung. Nachdem 1919 die Details des Versailler Vertrages bekannt geworden waren, setzte sich rasch wieder eine republikfeindliche Ausrichtung durch. Diese Tendenz manifestiert sich im parteipolitischen Engagement der Berliner Hochschullehrer: Der größte Anhang kam den Rechtsparteien zu, während die Anhänger der liberaldemokratischen DDP und der SPD zusammen ca. ein Drittel ausmachten. Des Weiteren thematisierte Grüttner die Aspekte Antisemitismus und Berufungspolitik.

Hochschulpolitik zur Zeit des Nationalsozialismus war das Thema, das FRANK ENGELHAUSEN (Heidelberg) anhand der Biographie des Badischen Kultusministers und zeitweiligen Inhabers des Amts ‚Wissenschaft‘ im Reichserziehungsministerium Otto Wacker behandelte. Nach seinem offiziellen Eintritt in die NSDAP im Jahre 1925 wurde Wacker 1928 Hauptschriftleiter des neu-

en Organs der badischen NSDAP „Der Führer“. Dort publizierte er auch sein völkisches Programm einer „Deutschen Kulturpolitik“, nachdem er 1933 die Leitung des badischen Kultusministeriums übernommen hatte. Seine Aktivität als Hochschulpolitiker folgte den dort explizierten Maximen: Die ‚politische Säuberung‘ der Landesuniversitäten war so rigoros, dass sie wiederholt Interventionen hervorrief. Schließlich ergab sich für Wacker die Gelegenheit, das Amt Wissenschaft im Reichserziehungsministerium in Berlin zu übernehmen, die er 1936 wahrnahm. Wiederum aus Unzufriedenheit kehrte Wacker 1939 nach Karlsruhe zurück.

Die Selbstpositionierung deutscher Hochschulen in den Jahren von 1945 bis 1950 stand im Mittelpunkt der Ausführungen von CHRISTINA SCHWARTZ (Tübingen). In den politisch aufgeladenen Rektoratsreden dieser Jahre wurde einerseits Ursachenforschung für die Katastrophe des NS-Regimes betrieben und andererseits über die Rolle und die Funktion der Universitäten in der nun neu aufzubauenden Gesellschaft nachgedacht. Die Zerstörungen der vorangegangenen Jahre wurde nicht allein auf einer materiellen Ebene konstatiert, sondern auch auf einer geistigen. In Rückbesinnung auf den wissenschaftlichen Geist berief man sich auf gemeinsame Werte und hoffte auf den raschen Wiederaufbau internationaler Beziehungen. Zudem sollten Universitäten ein neues Bewusstsein für die Bedeutung demokratischer Werte schaffen und diese in die Gesellschaft tragen. Ein wiederkehrendes Element war der Beitrag der Hochschulen zur wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung der beiden sich formierenden deutschen Staaten. Die eigene Vergangenheit während der NS-Herrschaft hingegen wurde kaum und wenn nur exkulpatorisch thematisiert. Bemerkenswert ist die Ähnlichkeit dieser Reden über die Besatzungszonen hinweg, denn erst mit den beiden Staatsgründungen wurden auch auf Ebene der Universitäten neue Trennlinien gezogen.

RALPH JESSEN (Köln) analysierte das Verhältnis von Hochschulen und Politik in den politischen Systemen der Bundesrepublik und der DDR nach 1945. Auf den drei miteinander eng in Beziehung stehenden Ebe-

nen staatliche Finanzierung, Ausgestaltung der universitären Korporation und Gestaltungsmöglichkeiten der Politik wurden neun Aspekte vergleichend in den Blick genommen. In der Struktur des Hochschulsystems, der Vergangenheitspolitik, der Binnenstruktur, der Elitenrekrutierung, dem Selbstverständigungsdiskurs, der Forschung, der Lehre, der Bildungsexpansion und den Arenen des Politischen sind auf allen drei Ebenen erhebliche Unterschiede zu beobachten. In beiden Systemen sind asymmetrische Interaktionsbeziehungen zwischen Innen und Außen sowie Oben und Unten zu greifen. Obwohl Universitäten immer Objekte politischen Gestaltungsanspruchs waren, wurde in der DDR die politische Beeinflussung deutlicher sichtbar. In der Bundesrepublik hingegen konnten Mitarbeiter und Studierende stärkeren Einfluss auf die Entscheidungsprozesse an den Hochschulen nehmen. Die Bildungsexpansion, die die Hochschullandschaft der Bundesrepublik seit den 1960er-Jahren nachhaltig prägte, wurde in der DDR nicht vergleichbar vorangetrieben. Auch waren Hochschulangehörige dort politisch kaum involviert. So erhielten die Proteste des Jahres 1989 auch kaum Impulse aus den Hochschulen.

Die Politisierung der bundesdeutschen Universitäten in den 1960er- und 1970er-Jahren stand im Mittelpunkt des Beitrags von WILFRIED RUDLOFF (Mainz). Der Band „Wider die Untertanenfabrik“ (1967) stellte die Berechtigung der Ordinariatenuniversität nachhaltig in Frage, kritisierte ihre studentischen Unterstützer und dienten Aktivisten als Argumentationsgrundlage für die „Politisierung“ der Hochschulen. Seit den 1960er-Jahren sind stärkere Eingriffe der Landesregierungen und des Bundes in die Autonomie der Universitäten zu beobachten, die von Professoren als Einschränkung ihrer Privilegien gewertet und zurückgewiesen wurden. Die seit 1967 greifbare Politisierung und Radikalisierung der Studierenden wurde mit den Zuständen der 1920er- und 1930er-Jahre verglichen. Solche negativen Wertungen verhin- derten nicht die zunehmende Diskussion politischer Themen wie der Notstandsgesetzgebung. Die Durchsetzung der „Drittelparität“ von Professoren, Mitarbeitern und Studierenden in den Leitungsgremien wurde zu einem

zentralen Ziel, dessen Umsetzung allerdings vom Bundesverfassungsgericht nicht gebilligt wurde. Die Störung traditioneller ritueller Ordnungen und Verwaltungs- und Lehrpflogenheiten bildete die studentische Antwort, auf die mit Polizeieinsätzen reagiert wurde. Letztlich beklagten und befürworteten alle Mitglieder die zunehmende Bedeutung politischer Logiken für die Universität, die eigentlich anderen Logiken folgen sollte, dies aber aufgrund der oben skizzierten Entwicklungen nicht tat.

Schließlich ging PEER PASTERNAK (Halle) dem nach 1990 einsetzenden Framing des Verhältnisses von Hochschulen und Politik in der DDR nach. Da im Laufe der 1950er-Jahre Universitäten weitgehend in den Staatsapparat eingefügt worden waren, wurden auch sie von der Dualität von Staat und Partei geprägt. Mitglieder der Hochschulen waren als Kader des Staates zugleich Kader der sozialistischen Bewegung. Wissenschaftler sollten ihr Handeln begründen, es operationalisieren und seine historischen Gesetzmäßigkeiten sichtbar machen. Wer diesem Programm nicht folgte, hatte mit erheblichen Karriereanteilen zu rechnen. Häufig kam es zu Systemoptimierungskonflikten, in denen um die Umsetzung und Gestaltung des sozialistischen Projekts gestritten wurde. Hier wurden etwa Forschungsergebnisse verschwiegen, um politische Vorgaben nicht zu diskreditieren. Zudem wurden Konflikte geführt, in denen der Widerstand gegen politische Vorgaben mit wissenschaftlichen Karrierebrüchen einherging. In der Erinnerungskultur nach 1990 spielte und spielt dieser Typ eine zentrale Rolle und wird überdurchschnittlich oft memoriert. Wissenschaftler in der DDR sahen sich jedoch als Teil einer Bewegung, die die Frage der Ausbeutungsfreiheit formuliert hatte. Das Lossagen von dieser Bewegung hätte einer erheblichen kognitiven, intellektuellen und emotionalen Anstrengung bedurft. Daher schätzt Pasternack die Zahl der tatsächlichen Konflikte weit geringer ein als die der erinnerten.

Die diachron vergleichende Perspektive auf das Verhältnis von Hochschule und Politik ermöglichte eine differenziertere Einschätzung langfristiger Prozesse. So hat sich gezeigt, dass die Relation der europäischen Universi-

täten zur Sphäre der Politik an jeweils spezifische Konstellationen und deren Eigendynamik gebunden ist, ohne dass sich in der *longue durée* hinsichtlich der Grades der ‚Politisierung‘ der Hochschule einseitige Verschiebungen von einem Extrem zum anderen konstatieren ließen. Weder zeichnet sich eine Entwicklung von weitgehender Autonomie zu immer weiterer Fremdbestimmung durch politische Kräfte ab, noch kann von einem teleologischen Prozess fortschreitender Autonomisierung der Wissenschaft die Rede sein. Vielmehr erweist sich das besondere Spannungsverhältnis zwischen Universität und Politik als eine von Beginn an prägende und kulturell produktive Konstante der europäischen Universitätsgeschichte, indem es immer wieder neue Positionierungen und Machtrelationen unter wechselnden historischen Bedingungen hervorbrachte.

Konferenzübersicht:

Mitchell Ash (Wien): Was heißt „Politisierung der Universitäten“?

Christian Lackner (Wien): Der Landesfürst ist weg. Wo bleibt seine Universität? Die Wiener Alma Mater zwischen Kaiser Friedrich III. und König Matthias Corvinus.

Heike Hawicks (Heidelberg), Universität und landesherrliche Politik: Gründung, Fundierung und Gestaltungskraft der Universität Heidelberg zur Zeit des Abendländischen Schismas und der Konzilien

Marian Füssel (Göttingen): Korporation und Politik: Frühneuzeitliche Universitäten als Landstände, Diplomaten und Zensoren

Joachim Bauer (Jena): Das Kleinod der Ernestiner – von der Gründung einer Hohen Schule in ‚elenden und betrubten Zeiten‘

Joseph Lemberg (London): Objektivität als Überparteilichkeit. Deutsche Mittelalterhistoriker und das Ideal einer entpolitisierten Wissenschaft, 1918-1939

Gerhard Fouquet (Kiel): Universität und Politik. Erfahrungen eines Historikers in der Hochschulleitung

Michael Grüttner (Berlin): Professoren und Politik. Die Berliner Universität in der Weima-

rer Republik

Frank Engehausen (Heidelberg): Otto Wacker als nationalsozialistischer Hochschulpolitiker in Karlsruhe und Berlin

Christina Schwartz (Tübingen): Die Hochschule im Zentrum der Gesellschaft. Selbstpositionierung der deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen in den Nachkriegsjahren 1945-1950 anhand der Reden ihrer Rektoren

Ralph Jessen (Köln): Hochschulen und Politik in Ost- und Westdeutschland nach 1945

Wilfried Rudloff (Mainz): „Wider die Untertanenfabrik“? Die Politisierung der bundesdeutschen Universitäten in den 1960er und 1970er Jahren

Peer Pasternack (Halle): DDR-Hochschulen und Politik: Das Framing der Retrospektiven seit 1990

Tagungsbericht *Hochschule und Politik – Politisierung der Universitäten vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. 19.09.2017–22.09.2017, Heidelberg, in: H-Soz-Kult 11.01.2018.